

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 53.

Seitensprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Bleichstraße 10, Grevenbroich. Postfach 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 71

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 29. März 1921. (Einfach)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Erwachende Internationale?

Der Parlamentarische Ausschuss des englischen Gewerkschaftsverbandes und das Exekutivkomitee der englischen Arbeiterpartei beschlossen, ein Manifest zu erlassen, in dem es u. a. heißt:

Ganz Europa ist durch den Krieg verarmt. Große Teile Europas wurden durch den Frieden ruiniert. Die riesige Kreditschuld, die die Entschädigungsbefehle enthalten, wird die Abhängigkeit für unsere Völker in Deutschland noch weiter verringern. Deutschland wurde mit Recht zur Arbeit gezwungen, um die Entschädigungsbefehle zu erfüllen. Aber der Vertrag, der diese Verpflichtungen auferlegte, nahm ihm seine Handelsmarine und drei Viertel seines Eisenerzes, verringerte die Kohlenzufuhr für seine Industrie, schloß die Banken und Geschäfte, welche allein seinen auswärtigen Handel vermitteln.

Im Namen der Humanität wie in unseren eigenen Interesse müssen wir dagegen protestieren. Die Entschädigungsbefehle in Mitteleuropa beweisen, daß es die Kinder sind, welche diese Rechnung mit dem Leben bezahlen. Die Lebensversicherung des Weltmarktes mit Gütern, die tatsächlich durch Zwangsarbeit hergestellt sind, wird unsere eigenen Arbeiter einer noch nie dagewesenen Form der Konkurrenz gegenüberstellen.

Wir glauben nicht, daß die Entschädigung in der von Paris geforderten Höhe bezahlt werden kann.

Es ist undenkbar, daß Europa 42 Jahre lang ein bewaffnetes Heerlager bleibt, um diesen unmöglichen Tribut zu erzwängen. Der Frankreich zugesagte Schaden muß vor allen Dingen ersetzt werden. Wir würden es vorziehen, wenn das — sowohl die französische Regierung als die französischen Interessen es erlauben — durch deutsches Material gelöst werden. Unserer Ansicht nach enthält die Entschädigungsrechnung Posten, die unüberwindlich sind mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat.

Nur juristische Wortklauberei kann aus dem Saß:

„Schaden, welche der Zivilbevölkerung der Alliierten oder deren Eigentum durch Land-, See- oder Luftangriffe Deutschlands zugefügt worden sind“

die Verpflichtung für Deutschland konstatieren, den alliierten Regierungen ihre Ausgaben für Pensionen und Vergütungen an Personal zu ersetzen. Eine ehrliche Interpretation der Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat, würde zur Festlegung einer niedrigen Gesamtsumme führen. Der nächste Schritt muß die Wiederaufrichtung der ruinierten Wirtschaft des Kontinents und die praktische Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen sein, nicht die Erzwingung einseitiger Zahlungen. Das erfordert aber die gründliche Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen aller Friedensverträge und den Abschluß eines ehrlichen Friedens mit Rußland. Da somit unserer Ansicht nach die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England die direkte Folge seiner selbstmörderischen auswärtigen Politik ist, verlangen wir nicht nur eine nachträgliche Prüfung der Entschädigungsforderungen, sondern auch eine Verringerung der Gesamtpolitik der Alliierten gegenüber Zentral- und Ost-Europa.

(Der „Vorwärts“ jubelt, daß, während bisher nur die kapitalistischen Machthaber Europas das Wort gehabt hätten, nun (endlich!) die Vertreter des internationalen Proletariats auf den Plan traten. Wir sind sehr freudig geworden.)

Die belgischen Sozialisten.

Paris, 27. März. In Brüssel ergriß der Minister Vanderelde das Wort. Er sagte unter anderem: Deutschland habe eine geheime Schuld die es bezahlen müsse. Frankreich und Belgien hätten ein Recht auf Entschädigung. Man könne sie auf zwei Arten erreichen: durch die Methode der Sozialdemokraten und durch die Methode der Nationalisten. Die Sozialdemokraten erklärten, Deutschland müsse durch eine internationale Aktion in die Erschließung treten. Die Nationalisten erklärten, Deutschland müsse Hunderte von Milliarden zahlen, um die deutsche Volk nicht genügend produzieren könne, um eine derartige Schuld zu bezahlen. Um eine derartige nicht zu verzinsende Sache zu erreichen, hätten die Nationalisten auf Gewaltmaßnahmen gesetzt, darunter zur Befreiung rechtlicher und ethischer Städte durch die Gewalt der Polizei. Diese Befreiung werde die Befreiung anderer Städte nach sich ziehen, denn gewisse Leute träumten von einer Befreiung von Berlin. Eine derartige Politik müsse zu härteren Militärlasten führen. Deutschland zähle 4.500 Millionen, die an Frankreich und Belgien für Entschädigung bezahlt werden könnten. Durch diese Politik könnten in Deutschland die Nationalisten das Haupt erheben, weil sie die lächerlich übertriebenen Forderungen des Verbandes ausbeuteten in der Lage seien. So führte

Blutige Ostern.

Abflauen in Mitteldeutschland. — Auflauern im Westen. — Der Verband unbelehrbar.

Die nationalsozialistische Methode notwendigerweise zum Krieg. Das Proletariat werde das verhindern.

Blutiger Ostermontag in Essen.

Essen, 28. März. Der Ostermontagmorgen war in Essen blutig verlaufen. Die K. A. P. D. und K. P. D. hatten auf den Burgplatz für den Nachmittag eine Versammlung einberufen, worin neuerdings zum Generalkrieg für Dienstag aufgerufen werden sollte. Der Burgplatz und die um ihn führenden Straßen waren jedoch von der Sicherheitswehr abgeriegelt. Die Menge versuchte darauf, auf dem benachbarten Hauptplatz eine Versammlung abzuhalten, und als die Sicherheitswehr auch dort auftrat, wurden die abziehenden Versammlungsteilnehmer immer wieder von spardadischen Führern zurückgerufen. Die toben, durch die Ansprache eines 19jährigen Jünglings erregte Menge bedrohte dann das Auto der Sicherheitswehr, so daß diese, um sich zu retten, zur Waffe griff. Bei der Schießerei gab es etwa 15 Tote und mehrere Verwundete auf beiden Seiten. Inzwischen ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Mäße der inneren Stadt sind abgesperrt.

Essen (Mittl.), 28. März. Eine Konferenz des kommunisierenden internationalen Aktionsausschusses, die von 210 Schachtanlagen mit 384 Vertretern besucht war, hat beschlossen, den Generalkrieg in Rheinland und Westfalen auszurufen. Sie forderte die Regierung auf, sofort das familiäre Militär und die Sicherheitspolizei zu entlassen.

Essen (Mittl.), 28. März. Die Kommunisten haben hier den Generalkrieg erklärt. In Mettmann sollen schwere Krawallen ausgebrochen sein. Der Fernverkehr ist unterbrochen. Es ist bisher keinerlei Verständigung möglich gewesen.

Wegum, 28. März. Über die Bezirke Wegum, Gelsenkirchen und Dortmund, sowie über eine Anzahl rheinischer Industriorte ist der Ausnahmezustand verhängt worden. — In Wuer wurde in einer großen Versammlung unter freiem Himmel von den Kommunisten der Generalkrieg ausgerufen. In Ruhrortungen ist es bisher nicht gelungen.

Reichsde, 28. März. Das christliche Gewerkschaftsforum lehnte heute vorläufig einstimmig die kommunistischen Übernahmungsversuche ab und forderte die Arbeiter auf, die Arbeit am kommenden Dienstag überall geschlossen wieder aufzunehmen. Die Arbeiter lehnen in ihrer überwiegenden Mehrheit eine Beteiligung ab. Die Straßenbahn verkehrt infolgedessen nach wie vor.

Die Generalkriegspropaganda.

Duisburg, 27. März. Den Kommunisten ist es gelungen, auf einer Reihe von Zechen im Essener Bezirk größere Arbeitseinstellungen herbeizuführen. So sind die Belegschaften auf den Zechen Graf Busch, Ernestine, Mathias Stinnes 1 und 2, Gustav, Carlus Magnus nicht angefahren. Auf den Zechen Christian Weni, Neudorf, Wolfshard und Eiselsberg ist die Arbeit teilweise niedergelegt worden.

Essen, 27. März. Die Spartakisten versuchten, die Betriebe der Firma Krupp stillzulegen. Sie wurden aber von der Sicherheitswehr verhindert. Die Arbeiter versuchten, die Kruppwerke zu besetzen, aber sie wurden ebenfalls verhindert. Die Kruppwerke arbeiten wieder regelmäßig. Die Straßen in der Nähe der Kruppwerke sind abgesperrt.

In Mitteldeutschland.

Halle, 28. März. In Gisleben ist die Lage auch heute ruhig. Der Eisenbahn- und Drahtverkehr ist noch nicht wieder aufgenommen. In Göttingen herrscht Ruhe. In Magdeburg wurden die Belegschaften durch acht bewaffnete auswärtige Kommunisten zum Streik gezwungen. Auch in den Schächten des Göttinger Kohlenfeldes ruht überall der Betrieb. In Wittenberg ist der Streik auf allen großen Werken durchgefallen. Bei Amendorf wurde die Eisenbahnbrücke gesprengt und der Eisenbahnverkehr unmöglich gemacht. Die Stadt Wittenberg ist von den Kommunisten geräumt worden; die ordentlichen Behörden haben den Dienst wieder aufgenommen. In Göttingen wird gearbeitet. Unter der Leitung des Direktors bildete sich aus der Arbeiterkraft des Werkes in Göttingen eine Abwehrmannschaft gegen kommunistische Störungen.

Mansfeld, 27. März. Gestern ist in Mansfeld das Amtsgeschäft gesperrt worden. Die angrenzenden Gebiete sind wegen der Gefahr für Personen geräumt worden.

Erfurt, 27. März. In Erfurt und einer Anzahl Thüringischer Industriehäuser wurden heute Flugblätter verbreitet, die zum Generalkrieg aufforderten. Bisher haben nur einige Erfurter Betriebe der Aufforderung Folge geleistet.

Die Luft in Berlin.

Berlin, 28. März. In der Nacht von gestern auf heute wurde in Berlin auf einen patrouillierenden Polizeibeamten aus dem Hinterhalt geschossen. Der Beamte erwiderte das Feuer. Der Täter konnte nicht gefasst werden. Auch von den Tälern des Dynamitanschlags auf die Charlottenburger Eisenbahnbrücke hat man noch keine Spur. Es handelt sich um die sogenannte 66-Pfeiler-Brücke, über die der gesamte Stadt- und Landverkehr läuft. Die Brücke selbst und der Eisenbahntrasse sind nicht beschädigt worden; dagegen ist eine andere Anlage in die Luft geflogen und an den umliegenden Häusern u. dgl. Schaden entstanden. Ein Schaden von etwa einer halben Million Mark angerichtet worden. Man nimmt an, daß der Anschlag von Personen verübt worden ist, die genau mit den Einzelheiten des Jahresplanes Befähigt wurden. Ein anderer kommunistischer Dynamitanschlag in der Nacht von gestern auf heute hatte das Kraftwerk Unter den Eichen bei Spandau zum Ziel. Vier Personen im Alter von 18—19 Jahren sind die Täter. Das Werk liegt zwischen der Remisebahn Grunewald und Hühnerbusch. Nach um drei Uhr, was nur eine kleine Schicht Nachtarbeiter anwesend war, die das Kraftwerk zu verlassen hat, drangen vier junge Burschen in das Kraftwerk ein, bedrohten die Arbeiter mit Revolvern und zogen sie sich in einer Ecke zusammen. Der Anführer der Bande, der schlecht deutsch sprach, fragte, wo sich die Schaltungen der Hauptleitung befänden. Die Arbeiter schloßen den Verdacht und antworteten ausweichend, sie seien über die technischen Anlagen nicht unterrichtet. Sie wiesen den Fremden auf die Schaltbänke, wo sich die weniger wichtige Anlage für die Dynamitkontrolle befand. Die Verbrecher legten dort eine Bombe mit Dynamit nieder, brachten sie in Verbindung mit Handgranaten und einer Leuchte. Dann kehrten sie zu den anderen zurück, die die Arbeiter mit Revolvern in Schach gehalten hatten. Der Anführer rief den Arbeitern zu, sich hinzulegen, damit ihnen nichts passiere. Die Handgranaten wurden darauf mit Bindfäden abgeworfen und die Eindringlinge flüchteten ins Freie, um sich in Sicherheit zu bringen. Aber nur eine der Handgranaten entzündete sich, ohne das Dynamit zu erreichen. Weitere Arbeiter liefen von außen heran und schloßen die Türen ab. Dadurch wurde die Explosion verhindert. Die Verfolgung der Täter durch die darauf herbeigeeilte Polizei hatte kein Ergebnis.

Berlin, 27. März. In Wittenberg wurde in allen Betrieben, mit Ausnahme der Elektricitäts-, Gas- und Wasserwerke, die Arbeit niedergelegt.

Hamburg, 28. März. In Hamburg und Umgebung fand der Ostermontag und -dinstag ruhig verlaufen.

Jüngelnde Krawallen.

Leipzig, 28. März. In Leipzig, einem Vorort von Leipzig, hatten sich am Sonntag bewaffnete Kommunisten angelagert. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem die Kommunisten einen Toten und einen Verwundeten hatten. Bei letzterem wurde eine Riste von Personen gefunden, die an der Bewegung beteiligt sind, und die in der Vergangenheit verurteilt worden waren.

Leipzig, 28. März. In der Nähe von Markranstädt fand zwischen bewaffneten Arbeitern, die von Leipzig nach Markranstädt zogen, und Schutzpolizei ein Feuergefecht statt. Die Kommunisten haben für heute nacht 12 Uhr die Parole zum Beginn des Generalkriegs in Leipzig ausgegeben. Die Leipziger Volkszeitung, das Volkshaus und die Kommunisten werden von Angehörigen der KPD bewacht, um Aufschlagen der Kommunisten vorzubeugen. Nach zuverlässigen Nachrichten befindet sich Leipzig in den Händen von 700 Kommunisten mit etwa 25 Maschinengewehren.

Das Aufräumen.

Magdeburg, 27. März. Die Meldestelle des Oberpräsidenten teilt mit: In Saargauhaufen ist eine Sondereinheit der Schutzpolizei eingerichtet und hat die Ordnung wieder hergestellt. In Wittenberg haben etwa 60 bis 70 ortsfremde Kommunisten den schlimmsten Terror aus. Oberst Graf v. Königs ist mit der Schutzpolizei heute nachmittag gegen 4 Uhr in Gisleben eingetroffen und marschiert heute nach Ober-Röblingen weiter. Dem Vormarsch wurde großer Widerstand nicht mehr entgegengeleitet. In Gisleben sind viele Waffen und Munition in die Hände der Schutzpolizei gefallen. In Leuna ist unter den Arbeitern große Uneinigkeit ausgebrochen; mehrere hundert sind bereits geflohen. Eine Erkundungspatrouille wurde auf dem Wege nach Teutschenthal beschossen. Die Angreifer wurden vertrieben. Im übrigen herrscht in Merseburg-Gallener Bezirk Ruhe. Im Magdeburger Bezirk herrschen geordnete Verhältnisse. Der Oberpräsident hat um Hilfe für Fischerleben gebeten.

Berlin, 28. März. In Mitteldeutschland nimmt die Polizeikontrolle ihren Fortgang. Die Abteilung v. Pönitz hat sich mit den Polizeigruppen des Obersten v. Hertwig vereinigt. Mehrere Lastautos mit bewaffneten Aufreißern, die im Begriff waren, nach Süden und Westen auszubreaken, wurden abgefangen. Größere Gefechte haben nicht stattgefunden. Während es in den Hauptorten des Aufreißgebietes ruhig ist, treten auf dem Lande hier und da kleine plündernde Banden auf. Im

Einvernehmen mit der preussischen Regierung zieht die Reichsregierung militärische Kräfte heran, die eingesetzt werden sollen, falls es erforderlich wird. Mit Rücksicht auf die Verhütung der Kommunisten die mitteldeutsche Aufwühlbewegung durch Aufreißer und Unruhe in anderen Landesteilen zu halten, haben die Behörden überall Bewachung, fest durchzugreifen und Gewalttätigkeiten mit der Waffe zu begegnen. Der Oberpräsident hat über den unbelehrten Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf und über die Regierungsbezirke Münster und Arnberg den Ausnahmezustand verhängt.

Keinerlei Verhandlungen!

Berlin, 28. März. Es ist nach Versicherungen der preussischen Regierung an die Kommandeure der Weisung ergangen, mit den Kommunisten in keinerlei Verhandlungen einzutreten und fest zuzugreifen. Bei dem Angriff auf das Rathaus in Gisleben wurde die Villa des Generaldirektors Heindrich von der Kumpel, die die Kommandeure der Weisung ergangen, mit der Kumpel gesprengt. Ein Arzt soll verschleppt worden sein, und es soll ein Beleg von 500 000 Mark verlangt werden.

Zimmer neue Forderungen.

Berlin, 27. März. Der Vorhänge der internationalen Luftfahrt-Kontrollkommission hat am 17. März an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der er das Mittelteil bittet, ob die deutsche Regierung bisher ihre Ansicht über die in Widerspruch mit der Entscheidung von Boulogne erfolgende Herstellung von Luftfahrgeräten geändert hat.

Das Auswärtige Amt hat darauf am 26. März wie folgt geantwortet: Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Vertrag von Versailles den alliierten Regierungen nicht das Recht gibt, eine Verlängerung der am 19. Juli 1920 abgelaufenen Sperre für den Bau und die Einfuhr von Luftfahrzeugen u. dgl. zu fordern. Sie ist daher auch nicht in der Lage, dem die Verlängerung auszusprechenden Beschlusse der Konferenz von Boulogne eine Folge zu geben. Der deutsche Standpunkt ist in der Zeitschrift vom 29. Juli und in der Note an die Völkervereinigung vom 14. September 1920 eingehend begründet. In der Note vom 14. September ist zugleich für den Fall, daß die Alliierten die Berechtigung dieser Gründe nicht anerkennen sollten, der Vorschlag gemacht worden, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Der deutschen Regierung ist darauf keine andere Antwort zugegangen als die in der Pariser Note vom 29. Januar enthaltene Wiederholung der Aufforderung, dem Beschlusse der Konferenz von Boulogne nachzukommen. Auf die Gründe, die Deutschland gegen die Berechtigung dieses Beschlusses geltend gemacht hat, wird mit keinem Wort eingegangen. Ebenso wenig enthält die Note eine Äußerung zu der Frage der Einsetzung eines Schiedsgerichts. Ich wiederhole daher hiermit den Vorschlag, ein unparteiisches Schiedsgericht mit der Prüfung und Entscheidung des Streitfalles zu beauftragen und bitte Sie, dies zur Kenntnis der Völkervereinigung zu bringen.

Oberschießen.

Kattowitz, 26. März. In Kattowitz, Res. Beuthen, wurde in der Nacht vom 25. zum 26. ein englischer Leben mitteltransport von polnischen Banditen mit Handgranaten angegriffen. Die Engländer nahmen die Verfolgung auf und es gelang ihnen, einen stark bewaffneten, bekannten polnischen Stützpunktführer festzunehmen, der nunmehr seiner standrechtlichen Aburteilung entgegensteht.

Rhynit, 26. März. Aus dem Kreise gehen ständige Nachrichten über eine Verschlimmerung der Lage ein. Maschinengewehre und Gewehrpatronen, in die sich Granatenentladungen mischten, legten gegen 9 1/2 Uhr in Rhynit ein. In Smolna waren Italiener mit Aufreißern zusammengekommen, die sie nach kurzem Feuergefecht gesprengten. Eine Schachtel entzündete sich in der Nähe des alten Bahnhofs an der alten Eisenbahnstrecke Paruschow-Egerfeld. Fünf Maschinengewehre, teilweise auf Dachern aufgestellt, griffen in den Kampf ein. Zum Schutze gegen das Maschinengewehrfeuer waren Schützengräben ausgehoben worden.

Beuthen, 28. März. Der Belagerungszustand in Oberschießen ist auf die Kreise Rhynit, Stadt und Land und Rhynit Stadt und Land ausgedehnt worden. Für Rhynit und Wetz ist ein außerordentliches Gericht mit dem Sitz in Rhynit unter dem Vorsitz eines englischen Kapitäns gebildet worden.

